

der Weichsel völlig abgeschnitten. Die Grenze wird zwischen Deich und Weichsel gezogen. Das gesamte Ufer fällt an Polen. Der beste Hafen des Marienwerder Gebietes, der Hafen von Kargebrae, wird mit allen seinen Anlagen Polen zugesprochen, ebenso die Eisenbahnhäfen der Wohl Marienwerder-Münsterwalde mit ihrem Brückenkopf und innern Deich sowie das dorthin Gebiet bis zum Fuß des vom Fluss weiter entfernt gelegenen zweiten Deiches. Ferner werden die in der Nordwestecke des Kreises Marienwerder gelegenen fünf Ortschaften Bohmendorf, Neu-Liebenau, Ahrendtshof, Kramershof und Kleinsiedle an Polen gegeben und damit eine Art Brückenkopf auf dem rechten Weichselufer geschaffen.

Die deutsche Regierung hat bereits in mehrfachen Notes beim Obersten Rat unter eingehender Darstellung der Verhältnisse gegen eine etwaige Lösung dieser Art Stellung genommen. Durch die Abstimmung vom 11. Juli 1920 ist der Wille der Bevölkerung einwandfrei zutage getreten, daß das gesamte westpreußische Gebiet Deutschland zugesprochen wird. Hierdurch würde auch die wirtschaftliche und geographische Lage der Ortschaften in dieser Gegend, der genau Artikel 97 Aufs. 6 des Friedensvertrages Nachgut gebracht werden soll, voll berücksichtigt.

Der Friedensvertrag sieht für Polen lediglich ein Stromaufzugsrecht vor, das in keiner Weise die Begründung zu territorialen Gebietsansprüchen geben kann. Das Recht der Überwachung und Aufsicht über den Strom hat mit der Souveränität über die südliche Stromhälfte und das Ufer nicht das mindeste zu tun. Es wäre ein Widersinn, die Bedrohung eines Landstreifens zur Abstimmung über ihr künftiges Schicksal aufzufordern, wenn von vornherein festgestellt soll, daß ihr Schicksal ohne Rücksicht auf die Volksabstimmung negativ entschieden werden muß. Das im Friedensvertrag Polen zugesetzte Kontrollrecht über die Weichsel soll lediglich seine Schiffahrtsinteressen sichern, ein Recht, das deutscherseits niemals irgendwie beschränkt worden ist. Deutschland hat ein ebenso dringliches Interesse an der Erhaltung guter Schiffsverbindungen auf der Weichsel wie Polen, und würde den zur Südsseite Stromfalt zu gleicher grösste Aufmerksamkeit und Sorgfalt zuwenden können als Polen, weil diesem auf der Ostseite das Hinterland nicht gehört. Die von der Entente an Polen zugeteilte Staatshöheit über die rechte Stromhälfte und den östlichen Uferrand muß auch zu dauernden Streitigkeiten führen, da Polen jegliche Zukunft zum Strom und jedwede Benutzung des Stromes als Inhaber der Staatshöheit verwehren kann und hiergegen nach den bei dem Berichte durch den polnischen Korridor gemachten praktischen Erfahrungen durch die weitreichenden Abmachungen ausreichende Garantien nicht gegeben werden können. Der umgedrehte Hafen von Kargebrae ist für ganz

Ostpreußen eine Lebensfrage.

Während er für die polnische Sicht nicht nur geringe Bedeutung haben kann. Durch die vom Obersten Rat gefallene Entscheidung wird auch der Schutz gegen Hochwasser illusorisch gemacht, indem den Deichgenossenschaften des Marienwerder Niederung die Möglichkeit genommen wird, den Deich ordnungsgemäß zu unterhalten, denn eine einheitliche Verwaltung ist durch die Besetzung, doch jeder Deich der Macht zugesprochen werden soll, der das Dorf gehört, nicht mehr zu gewährleisten. Die erforderlichen Arbeiten auf dem Strom zugelegenen Deichseite können ohne Überschreitung der polnischen Hoheitsgrenze nicht ordnungsgemäß ausgeführt werden und die militärische Ausübung der flins Gemeinden und ihres Gebietes aus dem organischen Ganzen bildenden Deichverband bietet für die Sicherheit des Gebietes unübersehbare Gefahren. Von den Polen zugewiesenen fünf Ortschaften, die sämtlich nur über ganz geringe Einwohnerzahl verfügen, haben bei der Abstimmung überhaupt nur zwei polnische Majoritäten ergeben, nämlich Neu-Liebenau 22 Polen und 16 Deutsche, und Ahrendtshof 30 Polen und 27 Deutsche. Zwei Dörte haben deutsche Mehrheiten und der fünfte Ort, Kramershof, hat mit Einigengleichheit abgestimmt, nämlich acht zu acht. Aber selbst bei diesen, die polnisch abgestimmt haben, wollen jetzt, nachdem die übrige Gegend sich gegen Polen erklärt hat, bei Deutschland verbleiben und nicht von ihrer wirtschaftlichen Basis abgedrangt werden. Es ist auch kaum glaublich, daß wegen zweier ganz kleiner Dörfer mit einzigen 20 Einwohnern, die in einer rein deutschen Gegend liegen, ein ganzer Landstreifen von seinem bisherigen natürlichen und wirtschaftlichen Hinterland völlig abgeschnitten und einem fremden Staat, von dem sie durch einen breiten Fluss getrennt sind, zugestellt werden will.

Die deutsche Regierung erhebt hiermit fernerlich Einspruch gegen die Entscheidung des Obersten Rates. Sie mög es ablehnen, irgend eine Verantwortung für die sich etwa aus diesem Spruch ergebenden Folgerungen zu übernehmen. Sie kann diese Entscheidung nicht anerennen, da sie mit den Bestimmungen des Friedensvertrages nicht vereinbar ist. Sie widerspricht ebenso sehr dem Selbstbestimmungsrecht der Völker, wie den wirtschaftlichen und geographischen Notwendigkeiten des Landes.

Die Entscheidung über Ostpreußen noch nicht gefallen.

Berlin, 15. August. (W. T. B.) Die Entscheidung über Ostpreußen ist noch nicht gefallen, sie steht aber, wie sich aus nachstehender Note der Volkskonserven ergibt, unmittelbar bevor: Der Artikel 95 des Friedensvertrages von Versailles hat bestimmt,

dass nach der Volksabstimmung in dem Gebiet von Allenstein so wie es durch Artikel 94 des Vertrages von Versailles vorgesehen ist, die alliierten und österreichischen Mächte die Generalität zwischen Deutschland und Polen festsetzen werden. In Berlin hierauf wird die Volkskonserven ihnen auf Grund ihrer Vollmachten durch Schreiber vom 15. August die neue Generalität zwischen Deutschland und Polen in dieser Gegend bekannt geben. Ich habe die Ehre, obige Mitteilung zu Ihrer Kenntnis zu bringen, damit Ihre Regierung schon jetzt alle Maßnahmen treffen kann, welche für möglich hält, um die Einführung der ordnungsmässigen Verwaltung in dieser Gegend vorzubereiten. Die Volkskonserven bedenkt, Ihnen eine vorläufige Mitteilung nicht über hohen machen zu können, bevor sie Ihnen die Generalität in dem Gebiet von Marienwerder bekannt geben hätte.

Einzug der deutschen Behörden in Allenstein.

Allenstein, 16. August. (W. T. B.) Sonntag abend um 8 Uhr trafen von Königsberg Regierungspräsident v. Oppen und Oberbürgermeister Jäsch in Allenstein ein. Zur Begrüßung hatte sich der Reichs- und Staatskommissar Frhr. v. Gagl, der stellvertretende Regierungspräsident Dr. Höhnen, die Mitglieder des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung, sowie zahlreiche südliche Beamte und Bürger auf dem Bahnhof eingefunden. Der Empfang war außerordentlich herzig und begeistert, und als die Angekommenen auf den Bahnhofshof heraustraten, wurden sie von einer gewaltigen Menschenmenge mit brauenden Hoherrufen begrüßt.

Einzug der Reichswehr in das Abstimmungssziel.

Allenstein, 16. August. (Eigene Meldung) Wie der Allensteiner Zeitung mitgeteilt wird, ist die Beteiligung des Abstimmungssatzes durch die Reichswehr folgendermaßen angeordnet: Heute trifft die Reichswehr mit Teilen in Riebenburg und Gilgenburg, am Dienstag in Wittenberg und Osterode ein. Die Einheit in Allenstein ist auf Mittwoch festgelegt. Am Donnerstag finden dann die Begrüßungsfeierlichkeiten statt.

Der Abschied der interalliierten Kommission aus Allenstein.

Allenstein, 16. August. (W. T. B.) Heute vormittag verabschiedete sich die interalliierte Kommission von den hiesigen Behörden. Die Später der Behörden halten sich um 11 Uhr im großen Sitzungsraum der Regierung versammelt. Wiedemann erschien die vier Mitglieder der interalliierten Kommission, sowie der Reichs- und Staatskommissar Freiherr v. Gagl und Regierungspräsident v. Oppen, den Ministern folgten die Beamten der Kommission. Die übergeordneten und ungenannten Beamten der Kommission, Minister Klemm, mit folgenden Worten ein: „Die Aufgabe der interalliierten Kommission ist beendet und die Entscheidung des Obersten Rates über das Ergebnis der Abstimmung in den Regionen von Deutschland und Polen bekannt gegeben worden. Ich gebe an Herrn Baron v. Gagl die Verwaltung des Regierungsbezirkes Allenstein und des Kreises Oelscho aus den Händen der interalliierten Kommission zurück. Ich möchte vor der Worte im Namen der Kommission unseres Dank an die Mitglieder der beteiligten Behörden für ihre Wirkung bei dieser Aufgabe aussprechen. Ich hoffe, daß es allen in Erinnerung bleibt, daß die Kommission ihr Beste (!) getan hat, um unparteiisch und gerecht zu handeln und daß die Befolgerung erneut wird, daß die alliierten Truppen sich mit Würde und Zurückhaltung verhalten. Die Kommission wird zufrieden sein, wenn sie diesen Eindruck hinterlässt.“

Darauf antwortete der Reichs- und Staatskommissar Freiherr v. Gagl folgendes: Herr Präsident! Ich habe die Ehre, namentlich der deutschen und preußischen Regierung die Verwaltung des Regierungsbezirkes Allenstein und des Kreises Oelscho aus den Händen der interalliierten Kommission zurückzunehmen und sie den Herren Chefs der hier vertretenen Zweige der Wehr- und Staatsverwaltung zu übergeben. Die Errichtung an die Funktionen der Abstimmungssatz wird in der Broderierung und lebendig bleiben. Man wird nicht vergessen, daß die interalliierte Kommission unter schwierigen Verhältnissen sich bemüht zu setzen und daß auch die interalliierten Truppen bestrebt waren, diesen Beispiel zu folgen. – An die Worte des Freiherrn v. Gagl dankte Regierungspräsident v. Oppen einige Worte. Hierauf nahmen die alliierten Beamten von den durch ihre gemeinsame Arbeit bekannten deutschen Beamten Abschied. Nachdem die interalliierten Truppen der Regierungspräsidenten, Oberregierungspräsident Dr. Höhnen, im Namen der Beamten abgetreten waren.

Der Ring um Warthau.

R. Berlin, 16. August. (Nachmeldung unserer Berliner Redaktion) Der Berliner "Montagspost" wird aus Warschau berichten: Nur selten, wo die Verhandlungen in Warschau beginnen, hat die polnische Armee auf dem rechten Weichselufer ihre letzte Vertheidigungsstellung vor Warthau bezogen. Diese Stellung läuft in einem langgestreckten Bogen unterhalb Warthaus vor der Festung Modlin bis zur Festung Domelin, dem früheren Swantogorod, oberhalb Warschau, und zwar in einem Abstand von 20 bis 50 Kilometern. Die Vorstädte von Warthau liegen in dieser Linie das befestigte Lager Segrza am Narwakanal, das die Stadt am nächsten liegt, nämlich etwa 20 Kilometer. Königsberg I. Pr., 15. August. (W. T. B.) Durch Gegenaktion bei Plonsk halten die Polen ihre Sinadawo-Rawo-Miaslowitzlinie. Die Polnischen Städtchen stehen in Linie Rawo-Serock-Drohiczyn-Dorogosz am Bug.

Hermann Struve †.

Hermann Struve ist nicht mehr. Aus Herrenah kommt soeben die Trauerkunde von seinem unerwarteten Tode, der dort am Donnerstag eintrat. Allen Königsberger ist Hermann Struve noch wohlbekannt; war er doch von 1885 ab fast zehn Jahre lang Direktor der Königsberger Sternwarte. Struve, der nur ein Alter von 65 Jahren erreicht hat, entstammt einer alten Wissenschafts- und Künstlerfamilie. Sein Großvater Wilhelm ging

G. Basel, 16. Au
Ein Mostauer Ju
schen Vorhuten b
reicht. Unmittelbar vor
Das polnische Ha
Dödz verlegt. Es find
lich von Siedlitz und R
giewsk wird he
sind nach Überschreitung
Boden auf Swang
Parcs, 15. Augu
"Maius" meidet aus 2
Schlacht und Worf
mogen des Verfangen ei
wichtigste Polit
werden, aber im Laufe
werden. Die Stellung
dergenommen vo
Gesamtverteidigungslin
Schlacht werde in

Der
Königsberg, 12.
wirtschaftliche Kavall
unter den eigenen Anfor
nommen. (O. Red.)
aus dem Gebiet der
Weichsel zurück. Aus
Verhältnis der Poli
Königsberg. Anlaß
rechterhaltung der Ord
an die Truppen
Königsberg, 16.
wird uns über die Log
scheinsten beisei
Lautenburg-Strasburg
von den Polen ge
Raum Płonst-M
griffe in nordwestl
und westlich Raum von
polnischer Widerstand.
Genommen u.

Sch. Berlin, 1
Redaktion) Poje
linge überflut
Polen spätte
Genommen werden
Behörden sowie
angkommen.
seitlichkeiten sind stet
alten Knaben und 50
Es herrsch Pogr
Wehrpflicht folg
polnische Regierung h
kommissarisch
Herrschaft Michai
der Freikrie
Krieg erklärt b
französischen G
die Umgliederung
jandte Graf Ober
Millionen aus Wands
Sturz aus Lehen
Übernommener Bau

D
R. Berlin, 16.
Der Berichterstatter i
der vom 14. August
der zweiten russischen
inhalten den
Spitzenkompanien o
vorgehend, die westli
sollen sie bereits St
einschreitende Russen d
der Lügen Bekämpf
Dube und Han
hautle Sind, in deren
baulichkeit zu schen
Ihre unvergängliche d
vom stellvertretenden
Tagen geschafft. Der
freien von dem un
hund zum Schwur e
Belobie, daß wi
sprochen wird.
Noch bis tief in
auf dem Marktplatz u
Militärmarkt der
zwei Standorten, da
Gähnen noch reichliche

Königsberger Theaternote.

Ein erneutes Wort.

Von Direktor Richard Rosenthal.
Unter einem Sorgenthümel, wie er später niemals über den deutschen Theatern hing, tritt in diesem Jahr das "Neue Schauspielhaus" in die beginnende Spielzeit. Die frischen Nachrichten aus dem Reich, unter denen

der Stadt interessanter
kräftige Unter
Wenn einmal die St
der einen Kriegsjahre u
Leistungen, um die Rö
nebelt wird, wohl einc

nach der Volksabstimmung in dem Gebiet von Allenstein so wie nach Artikel 94 des Vertrages von Versailles abgeräumt ist, die alliierten offiziellten Mächte die Grenzlinie zwischen Deutschland und Polen zu werden. In Versöhn hieron wird die Volksabstimmungskommissionen Polen und ihrer Bevölkerung vom 15. August die Grenzlinie zwischen Deutschland und Polen in der Gegend bekannt geben. Ich habe die Ehre, obige Mitteilungen treffen kann, welche sie für nützlich hält, um die Einrichtung einer staatlichen Verwaltung in dieser Gegend vorzubereiten. Die Volksabstimmungskommission bedauert, Ihnen eine derartige Mitteilung eher machen zu können, bevor sie Ihnen die Grenzlinie Gebiet von Marienwerder bekannt gegeben hatte.

Einzug der deutschen Behörden in Allenstein.

Allenstein, 16. August. (W. T. B.) Sonntag abend um 8 Uhr trafen alten Regierungspräsident v. Oppen und Obermeister Böckel in Allenstein ein. Zur Begrüßung hatte Reichs- und Staatskommissar Frhr. v. Gayl, der stellvertretende spätere Präsident Dr. Höhnen, die Mitglieder und Beamten der Regierung, die Mitglieder des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung sowie zahlreiche südliche Beamte und dem Bahnhofsvorplatz heranstraten. Der Empfang war außerordentlich herzlich und begeistert, und als die Angekommenen anmenge mit brausenden Hochrufen begrüßt.

Einzug des Reichswehr in das Abstimmungsgebiet.

Königsberg, 16. August. (Eigene Meldung.) Wie der „Allensteiner“ berichtet wird, ist die Bezeichnung des Abstimmungsgebietes durch die folgenden Worte angeordnet: Heute trifft die Reichswehr mit Oldenburg und Gilgenburg am Dienstag in Allenstein ein. Die Ankunft in Allenstein ist auf Mittwoch. Um Donnerstag früher darf die Befreiungserklärungen

Abschied der interalliierten Kommission aus Allenstein.

Elba, 16. August. (W. T. B.) Heute vormittag verabschiedete die interalliierte Kommission von den bisherigen Spitzen der Behörden, halten sich um 11 Uhr im großen Saal der Regierung verabschiedet. Alsdann erschienen die vier Mitglieder der Kommission, sowie der Reichs- und Staatskommissar Dr. Gayl und Regierungspräsident v. Oppen, und Ministerien der Kommission. Die Übergabe verhandlungsfähiger Chef der Kommission, Minister Koenneke, mit folgenden Worten: Die Aufgabe der interalliierten Kommission ist beendet, die Siedlung des Obersten Rates über das Ergebnis soll in den Regierungen von Deutschland und Polen bekannt gegeben werden. Herr Baron v. Gayl und die Verwaltung des Kreises Allenstein und des Kreises Elbe. Ich möchte vor der Abreise im Namen der Kommission an die Mitglieder der beteiligten Behörden für ihre Mitarbeit danken. Ich hoffe, daß es allen in Erinnerung bleibt, daß die Kommission Ihr Bestes (1) getan hat, um recht zu handeln und daß die Bevölkerung annehmen wird, daß die Truppen sich mit Würde und Gnadehaltung benommen haben und zufrieden sein, wenn sie diesen Eindruck

ausüben. Ich geb an Herrn Baron v. Gayl die Befreiungsausweisung des Allgemeinen und des Kreises Elbe. Ich möchte vor der Abreise im Namen der Kommission an die Mitglieder der beteiligten Behörden für ihre Mitarbeit danken und sie den Herren Chefs der hier vertretenen Unternehmen und der Staatverwaltung zu übergeben. Die Gründung der Abstimmungskommission wird in der Bevölkerung höchstens bestreitbar sein, wenn sie diesen Eindruck ausüben. Die interalliierten Truppen befinden waren, diejenigen, die die Worte des Freiherrn v. Oppen einige Worte. Hierauf nahmen von den durch ihre gemeinsame Arbeit bekannten Beamten, nachdem die interalliierten Herren den Saal verlassen, die Abschiedsworte, auf die der Stellvertreter des Regierungsrat Dr. Höhnen, im Namen der Beam-

Der Ring um Warschau.

1. August. (Drohnmeldung unserer Berliner Redaktion.) „Komposit“ wird aus Warschau beschafft: Zur Sessabendungen in Minsk beginnen, hat die polnische Regierung ihr letzte Verhandlungen vor Warschau drogen. Diese Siedlung liegt in Polen unterhalb Warschaus von der Festung Modlin in Höhe von 20 bis 50 Kilometern. Im Vorfeld von der Stadt am nächsten liegt, nämlich etwa 20 Kilometer, die Polen sind Smolensk, Nowo Miasto und Lubartow. Westlich Cholm Rümpe bei Swiemięce. Die Polen sind Smolensk, Nowo Miasto und Lubartow. Westlich Cholm Rümpe bei Swiemięce.

Wigberger Theaternote.

Ein erstes Wort.

Die erste Miserie.

Die zweite Miserie.

Die dritte Miserie.

Die vierte Miserie.

Die fünfte Miserie.

Die sechste Miserie.

Die siebte Miserie.

Die achte Miserie.

Die neunte Miserie.

Die zehnte Miserie.

Die elfte Miserie.

Die zwölfte Miserie.

Die dreizehnte Miserie.

Die vierzehnte Miserie.

Die fünfzehnte Miserie.

Die sechzehnte Miserie.

Die siebzehnte Miserie.

Die achtzehnte Miserie.

Die neunzehnte Miserie.

Die zwanzigste Miserie.

terstatters
ie russi.
chau er.
entwickelet.
ewste noch
erstoss jüb.
- Geor.
ordarmu.
raschen

Reichshof, an dem man sich die verschiedenen russischen Papierruhe mit misstrauischen Bildern herumreichte, an Tischen, mit Blumen geschmückt, Offiziere und Soldaten, die ihr Essen und ihre Getränke genutzt haben, rückkehrende Flüchtlinge, von ihren Familien trennenden Auges begnügt. Ergriffene und widerstandsvolle Bilder, die die Einwohner selbst nach der kurzen Freude Platz ist angeschlagen:

Befehl 1 des Kommandanten in Soldau.
Ich bin beauftragt, alle Befehle als Divisionskommandeur zu übernehmen. Jeder Verkehr der Zivilbevölkerung ist bis 10 Uhr abends frei. Sodass Vergewaltigung, Raub und Plünderei, werden mit dem Tode bestraft und der Schuldige auf der Stelle erschossen. Die Soldaten, die im Einquartierung sind, werden für jede grobe Tat auf schriftliche Meldung bestraft. Alle Gewehre und Waffen jeder Art und Munition sind sofort bei mir abzuliefern. Nichtbefolgung wird streng bestraft laut Befehl der Republik.

Der Kommandant Ponoherow. Kommissar der Auftrag gegeben, die Stadt in Selbstverwaltung zu übernehmen und einen Bürgerausschuß zu bilden. Nur eine Bedingung wird gestellt: daß kein polnisches Mitglied im Bürgerausschuß sein darf. Eine Zeitungszensur wird nicht eingeführt.

Die Soldaten machen einen disziplinierten Eindruck. Die Frage, ob sich Deutsche bei den Truppen befinden, wurde verneint. Ein Abteilung ist heute mit Klingendem Spiel in Richtung Lubau vormarschiert und hat bereits die Bahn nach Deutsch-Eylau überschritten. Die Hauptnachricht geht gegen Thorn-Graudenz-Posen. Die Zerstörung des polnischen Korridors kann in kürzester Zeit erfolgt sein."

Allenstein, 16. August. (Eigene Meldung.) Nach einem dem "Allensteiner Volksblatt" zugehörenden Bericht wurde der Antrag der Soldauer Kommunisten auf Einführung der Sowjetverwaltung von dem russischen Zivilkommissar abgelehnt, da sie für die agrarische Bevölkerung nicht geeignet sei. Ein großer Teil der im Kreis Neidenburg weisenden Flüchtlinge ist bereits heimgekehrt. Ein Soldauer Kommissar, der sich über die Auschmückung der Stadt mit deutschem Fahnen abfällig äußerte, wurde von den heimkehrenden Flüchtlingen verprügelt. Der russische Zivilkommissar traf am 14. August an der Grenze bei Koslau ein und nahm freundlichste Beziehungen mit Deutschland auf. Er erkundigte sich nach der Anzahl der in Allenstein befindlichen Truppen und fragte, wann die Entente-Kommission Allenstein verlassen würde. Er bat, möglichst bald den Eisenbahnverkehr mit Soldau wieder aufzunehmen. Der Zivilkommissar erklärte, daß die Russen den polnischen Korridor bis Danzig besetzen würden, um die Einfuhr von Waffen und Munition zu verhindern. Falls Danzig sich neutral verhalte, würde es nicht besetzt werden.

Neidenburg, 16. August. (Eigene Meldung.) Wie die "Neidenburger Zeitung" erfährt, hat der russische Divisionskommandeur am 13. August abends in der Soldauer Stadtverordnetensammlung erklärt, er habe offiziell von Moskau durch Radiotelegramm die Anweisung erhalten, daß dieses Gebiet den eingesessenen Deutschen zur Verfügung gestellt werde. Wegen der Neutralität des Deutschen Reiches gegenüber den kämpfenden Parteien könne Deutschland einzuweisen die Verwaltung des Landes nicht übernehmen. Er bitte die Anwesenden, dafür zu sorgen, daß Ruhe und Ordnung im Lande aufrecht erhalten bleiben. Wir werden in keiner Weise in die inneren Angelegenheiten des Landes eingreifen. Bei einer anderen Gelegenheit äußerte der russische Divisionskommandeur, daß die Einrichtung von Sowjets in den deutschen Gebieten gar nicht in Betracht komme, da der Wille der großen Mehrheit der Bevölkerung nicht darauf gerichtet sei. Polen habe aufgehört zu existieren, die Grenze von 1914 werde wieder hergestellt, Warschau bleibe fünf Jahre lang von

Rußland besetzt und werde dann dem russischen Reiche eingegliedert werden. Der Vertrag von Versailles existiere nicht mehr. In Ollowo hat ein russischer Kommissar an die russischen Soldaten und an die einheimische Bevölkerung eine öffentliche Ansprache gehalten, in der er darauf hinwies, daß das russische Heer nunmehr in ein Land hoher Kultur gekommen sei und daß es verteidigt wäre, zu glauben, Rußland wolle diesem Lande seine Ansiedlung und seine Staatsform aufzwingen.

Bolschewistenterror.

Kopenhagen, 14. August. (W. T. B.) Laut "Sowjetjaja" besteht die Sowjetregierung rücksichtslosen Massenterror gegen die Großgrundbesitzer sowie gegen alle Polen, die an den Kämpfen gegen Sowjetrußland teilgenommen haben, ferner die Beschlagnahme aller landwirtschaftlichen Produkte und aller Waffen der politischen Bewegung sowie die Einquartierung roter Truppen in allen Städten und Dörfern Polens zur Wiederherstellung der Ordnung. Die Übernahme Polens durch das russische Proletariat sollte auf jede Weise gefördert werden. Ein besonderes Komitee soll eine schnelle und tatsächliche Kolonialisierung vorbereiten.

Die gefährdete Entente.

Paris, 15. August. (W. T. B.) "Echo de Paris" wird aus Washington gemeldet: Angesichts der antibolschewistischen Politik Frankreichs und der amerikanischen Note sei in diplomatischen Kreisen in Washington die Meinung verbreitet, daß das Ende des Bölfverbundes und die Umgestaltung der Entente bevorstehe. Der Bölfverbund und die Entente könnten die politischen Meinungsverschiedenheiten zwischen England und Frankreich nicht überleben. Die Absicht Englands, die Sowjetregierung anzuerkennen, bevor ein dauerhafter Friede in Europa hergestellt sei, könnte Amerika und Frankreich auf eine Seite und England auf die andere Seite führen. Die amerikanische Regierung werde jedesfalls Wrangel nicht anerkennen, aber man glaube, daß Frankreich und Amerika sich in dem Widerstand gegen die Besetzung Polens vereinigen werden und spreche deshalb von einer neuen Mächtegruppierung, die Spanien, China, Frankreich und die Länder Amerikas umfaße. Trotz der Beunruhigung, die die wahrscheinliche Auflösung der Entente hervorruft, habe man in Amerika allgemein das Gefühl, daß Frankreich und England freundschaftliche Beziehungen mit einander aufrecht erhalten werden, und daß ihre Zusammenarbeit in einer besonders wichtigen Angelegenheit nicht unmöglich werde.

Washington, 15. August. (Havas.) Das Staatsdepartement bereitet die Antwort auf die französische Note vor. Es erklärt sich darin mit den allgemeinen Grundsätzen der französischen Note einverstanden, glaubt jedoch nicht, daß das für den Augenblick die Pflicht in sich schließe, die Regierung Wrangels anzuerkennen.

Paris, 15. August. (W. T. B.) Die Presse betont den freundschaftlichen Charakter der englisch-französischen Besprechungen und glaubt, daß die Meinungsverschiedenheiten in zwei bis drei Tagen beigelegt sein würden. Immerhin ist zu bemerken, daß der Lösung Hindernisse entgegengestellt sind in der Tätigkeit des Ultionsausschusses der englischen Arbeiterpartei, die nicht nur beschlossen hat, Delegierte nach Paris zu senden zwecks Besprechungen mit Vertretern der "Compagnie générale du travail", sondern sogar mit der Einstellung der Kohlenlieferungen an Frankreich drohe.

R. Berlin, 16. August. (Drahtmeldung unserer Berliner Redaktion.) Nach einer Meldung der Telegraphen-Union erklärte Lloyd George:

Familien-Anzeigen

Margarete Müller
Kandidatin des höheren Lehramts
Otto Haaker
Studienrat
Verlobte.

auszuhören i. Pr. im August 1920.

Sonntag früh entschloß sanft nach langem mit größter Geduld getraginem Leid, mein lieber lieber Mann, unter guter Vater, Bruder, Schwager und Onkel, der

Raufmann

Heinrich Ernst Rosenfeld